

Menschen für Tierrechte – Bundesverband der Tierversuchsgegner e.V.
z. Hd. Dr. Claudia Gerlach
Severinusstr. 52
53909 Zülpich

Kiel, 5. Mai 2022

Beantwortung Wahlprüfsteine

1. Trotz des Staatsziels Tierschutz und dem Tierschutzrecht werden Tiere nicht zuverlässig geschützt. Sowohl bei Gesetzgebung und Kontrolle als auch in der Strafverfolgung gibt es eklatante Defizite. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um diese Missstände in Schleswig-Holstein abzustellen?

In der Nutztierhaltung setzen wir konsequent auf die Verbesserung des Tierwohls unter Berücksichtigung einer flächenbezogenen Obergrenze. Wir werden uns für die Einführung eines verpflichtenden staatlichen Tierwohllabels mit nachvollziehbaren Regeln einsetzen. Unter Beteiligung des Runden Tisches Nutztierhaltung werden wir die Erarbeitung einer schleswig-holsteinischen Nutztierstrategie voranbringen. Auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, dass erhöhte Tierwohlstandards auch für die Landwirtschaft finanzierbar bleiben. Dazu gehört die Auflösung der Zielkonflikte zwischen Tierwohl und Emissionsschutz ebenso wie ein Finanzierungsinstrument.

Immer wieder ist die Landwirtschaft in Schleswig-Holstein mit unterschiedlichen Auslegungen des Rechts durch die Kreisveterinärämter konfrontiert. Wir brauchen zuverlässige, für das ganze Land gültige Richtlinien und Standards. Daher werden wir ein Landesveterinäramt einrichten.

Im Bereich des Tierschutzes haben wir insbesondere beim Online-Tierhandel dringend notwendige Reglementierungen, Vorgaben und zum Teil Verbote gefordert. Diesen Weg gehen wir konsequent weiter.

2. Die Produktion tierischer Produkte verursacht etwa 28% der globalen Treibhausgasemissionen. Wissenschaftler fordern deswegen den Abbau der Tierbestände. Was plant die SPD, um die Tierzahlen in Schleswig-Holstein zu reduzieren?

In der Nutztierhaltung setzen wir konsequent auf die Verbesserung des Tierwohls unter Berücksichtigung einer flächenbezogenen Obergrenze, d.h. eine Begrenzung auf zwei

Großvieheinheiten je Hektar.

Zudem setzen wir auf die Einhaltung der Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung in der Kita- und Schulverpflegung, die einen geringeren Fleischkonsum empfiehlt. Im Rahmen der Bildung für nachhaltige Entwicklung kann ein weiterer Beitrag zu einem sensibleren Umgang mit dem Nahrungsmittel Fleisch geleistet werden. Schließlich beobachten wir bereits ein Umdenken, insbesondere bei den jüngeren Generationen. Vegetarisches und Veganes Essen sind hier besonders beliebt.

3. Um die Klimaziele zu erreichen, fordert u.a. der Weltklimarat eine Reduktion des Fleischkonsums. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um den Konsum tierischer Produkte in Schleswig-Holstein und bundesweit zu reduzieren (z.B. Klima-Abgabe oder Mehrwertsteuererhöhung)?

Wir setzen hierbei auf die Einhaltung der Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung in der Kita- und Schulverpflegung, die einen geringeren Fleischkonsum empfiehlt als die derzeitigen Speisepläne vorsehen. Denn sowohl das Klima als auch die Gesundheit profitieren von einem deutlich geringeren Fleischkonsum.

Das Bewusstsein für gesunde Ernährung, das Wissen und die Handlungskompetenzen beim Einkauf und im Umgang mit Lebensmitteln wollen wir stärken. Der Wert von Lebensmitteln muss in unserer Gesellschaft mehr geachtet werden. Hier werden wir in allen Altersgruppen, aber besonders bei Kindern und Jugendlichen, ansetzen.

Die SPD hat im Bund die Entwicklung eines einheitlichen Nachhaltigkeitslabels angekündigt, das Verbraucher*innen den Griff zur pflanzlichen Alternative erleichtern könnte. Aber auch der Zugang zu veganen und vegetarischen Produkten muss erleichtert werden, z.B. durch ein erweitertes Angebot in der Gemeinschaftsverpflegung.

Wir begrüßen die Anregungen der Borchert-Kommission zur Finanzierbarkeit des Umbaus der Tierhaltung und werden auf baldig klugen Entscheidungen drängen.

4. Mit Eiweißpflanzen können dreimal so viel Nahrungsmittel erzeugt werden wie auf fleischlicher Basis. Deswegen sollte der Konsum von tier- und klimafreundlichen pflanzlichen Produkten mittels einer Ernährungsstrategie gesteigert werden. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei für Schleswig-Holstein?

Wir fordern schon lange eine Ernährungsstrategie für Schleswig-Holstein. Gemeinsam mit den relevanten Akteur*innen wollen wir diskutieren, wie für uns eine nachhaltige Ernährung der Zukunft aussehen kann. Neben einer Neuausrichtung der Agrarpolitik hin zu einer nachhaltigen Landwirtschaft, d.h. eine regionale und nachhaltige Lebensmittelproduktion, müssen wir die Lebensmittelverschwendung entlang der gesamten Wertschöpfungskette deutlich reduzieren, auch in den privaten Haushalten wird zu viel weggeworfen.

Wir werden für ein Ernährungsbewusstsein in der ganzen Gesellschaft und für Ernährungsgerechtigkeit eintreten. Lebensmittel müssen wieder wertgeschätzt werden. Eine Gemeinschaftsverpflegung nach BGE-Standards und Bildungsmaßnahmen auf allen Ebenen wird das Verständnis für gesunde Lebensmittel und den richtigen Umgang

mit ihnen stärken. Eine gute Ernährungsstrategie muss die komplexen Herausforderungen der Ernährung aufgreifen.

Der gesamte Agrar- und Ernährungssektor muss künftig von seinem Beitrag zu einer gesunden und nachhaltigen Ernährung her gedacht werden.

5. Um Klimawandel, Artensterben und Zerstörung der Ökosysteme entgegenzuwirken, müssen die Agrarsubventionen zugunsten von Tier-, Natur- und Klimaschutz umgeschichtet und ein Ausbau des ökologischen Landbaus verfolgt werden. Welche Maßnahmen und Ziele plant Ihre Partei für Schleswig-Holstein?

Auch in Schleswig-Holstein ist die Landwirtschaft bereit, sich auf den Weg zu einer klimagerechten, nachhaltigen und auch regionalen Versorgung zu machen. Das geht aber nur mit fairer europäischer Förderung. Der Kompromiss der neuen GAP wird diesen Zielen leider nicht gerecht: Er nützt weder den Landwirt*innen, noch sind mit ihr die Europäischen Ziele beim Klimaschutz oder im Kampf gegen das Artensterben zu erreichen.

Wir brauchen eine Agrarpolitik, die die kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betriebe auf dem Weg zu mehr Natur-, Tier- und Klimaschutz stärker unterstützt. Gemeinwohlleistungen müssen auch als solche honoriert werden.

Wir begrüßen die Vereinbarungen der Ampel-Koalition in Berlin, 30 Prozent Ökolandbau bis zum Jahr 2030 zu erreichen. Hierfür sollen die Bundesmittel für das Bundesprogramm Ökolandbau erhöht und entsprechend dem Ausbauziel Agrarforschungsgelder für Forschungsbelange des Ökolandbaus zur Verfügung gestellt werden.

6. Immer mehr Landwirte wollen aus der Tierhaltung aussteigen. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei zur Unterstützung in Schleswig-Holstein (Umstiegs- und Anbauförderungen, Beratungs- und Weiterbildungsangebote, Studium und Ausbildung, Forschungsförderung für tierlose Anbausysteme)?

Wir brauchen eine Neuausrichtung der Agrarpolitik hin zu einer nachhaltigen Landwirtschaft – ökologisch verträglich, sozial gerecht, ökonomisch rentabel und am Tierwohl orientiert. Dementsprechend müssen schleswig-holsteinische Förderprogramme Tier-, Natur- und Klimaschutz in der Landwirtschaft stärken und unterstützen. Gemeinwohlleistungen müssen dementsprechend honoriert werden.

Eine Neuausrichtung der Landwirtschaft fordert viel von den Betriebsleiter*innen, die neue Wege gehen wollen. Damit das gelingt, braucht die Landwirtschaft profunde Beratung und wertschätzende Begleitung. Hier kann u.a. eine fachlich gut aufgestellte Landwirtschaftskammer mit sozial-ökonomischer Beratung, mit Weiterbildung und unabhängiger betriebswirtschaftlicher Begleitung die Betriebsleiter*innen unterstützen. Ob Landwirt*innen aus der Tierhaltung aussteigen und wie sie ihren Betrieb aufstellen, ist allein Entscheidung des Betriebes.

7. Die Bundesregierung plant eine Reduktionsstrategie für Tierversuche. 2021 forderten 97% der EU-Abgeordneten die EU-Kommission auf, einen Ausstiegsplan zu erarbeiten. Welche Maßnahmen und Ziele

plant die SPD, um Tierversuche in Schleswig-Holstein zu reduzieren bzw. den Ausstieg einzuleiten?

Tierversuche dürfen wirklich nur dann zum Einsatz kommen, wenn es um die Untersuchung komplexer Phänomene geht, die in einfacheren und ethisch weniger problematischen Versuchen nicht erfasst werden können. Insbesondere in Schleswig-Holstein sind die Zahlen im Bundesvergleich glücklicherweise bereits eher gering. Weitere Tierversuche (Kosmetik, Waschmittel, Tabak u.ä.) wurden erfolgreich verboten. Unser Ziel ist es nun, Tierversuche auf ein Minimum zu reduzieren, bis sie durch Alternativmethoden ersetzt werden können. Eine strikte Kontrolle und ein strenges Genehmigungsverfahren sind dabei unabdingbar. Wir unterstützen die SPD-geführte Ampel-Koalition in Berlin ausdrücklich bei der Erarbeitung einer Reduktionsstrategie und begrüßen, dass Forschung zu Alternativen, ihrer Umsetzung in die Praxis verstärkt und ein ressortübergreifendes Kompetenznetzwerk etabliert werden sollen.

8. Das überarbeitete Tierversuchsrecht wird der EU-Richtlinie nicht gerecht (kein umfassendes Prüfrecht der Genehmigungsbehörde, keine Belastungsobergrenze, etc.). Plant Ihre Partei sich auf Bundesebene für eine Überarbeitung von Tierschutzgesetz und Tierschutz-Versuchstierverordnung einzusetzen?

Deutschland verwendet EU-weit mit die meisten Tiere für wissenschaftliche Zwecke. Daran wollen und müssen wir dringend etwas ändern. Insbesondere bei der Zulassung alternativer Verfahren muss es schnell Verbesserungen geben. Wir stehen in einem engen Austausch mit unserem Kolleg*innen im Bundestag und werden Initiativen für mehr Tierschutz unterstützen und wenn notwendig, selbst initiieren.

In den letzten Jahren rückt das Tierwohl zu Recht immer weiter in den Fokus der Öffentlichkeit. Der Umgang mit Tieren ist in allen Lebensbereichen eine zutiefst politische Fragestellung geworden, und wir Sozialdemokrat*innen wollen auch hier die richtigen Weichen für die Zukunft stellen.